

## **Antrag**

**der Abgeordneten Sabine Boeddinghaus, Christiane Schneider, Deniz Celik, Martin Dolzer, Norbert Hackbusch, Inge Hannemann, Stephan Jersch, Cansu Özdemir und Mehmet Yildiz (Fraktion DIE LINKE.)**

**Betr.: Integration und Akzeptanz für Flüchtlinge fördern – Schule Berne erhalten!**

Die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) beabsichtigt, den Grundschulstandort Lienastraße im Wandsbeker Stadtteil Berne zum nächsten Schuljahr zu schließen. Die Grundschule in der Lienastraße ist die einzige staatliche Grundschule im Stadtteil Berne und steht zudem unter Denkmalschutz. Von der großen Akzeptanz durch die Elternschaft abgesehen kooperiert der Sportverein TuS Berne mit der Grundschule und auf deren Gelände sind Einrichtungen einer Privatschule und eine Kita ansässig.

Die Behörde begründet die Schließung mit der fehlenden Entwicklungsperspektive des Standorts. Der Standort habe zu wenig Schüler\_innen sowie zu geringe Anmeldezahlen. Zudem seien die notwendigen Investitionskosten für den Weiterbetrieb zu hoch.

Realität ist jedoch, dass die hohen Investitionskosten ein „hausgemachtes“ Problem sind: Der seit Jahrzehnten herbeigeführte Investitionsstau veranlasste viele Eltern, ihre Kinder an benachbarten, weiter entfernten Schulen anzumelden. Die über lange Zeit gerade durch öffentliche Kommunikation der BSB verursachte Unsicherheit über den Fortbestand des Standorts tat ein Übriges, die Anmeldungen abzusenken, mit der Folge, dass umliegende Grundschulen teils massiv überbelegt sind. Vertreter\_innen der Elterninitiative „Schule Berne muss bleiben“, als auch die Schulleitungen der umliegenden Grundschulen berichten, dass - im Falle eines Weiterbetriebs und der Sanierung des Schulstandorts Lienastraße - viele Eltern ihre Kinder gerne an dieser nähergelegenen Schule anmelden würden. Diverse Kleine Anfragen der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft deckten in der Sache zudem große Widersprüchlichkeiten zur Begründung der Schließung auf: Sanierungskostenangaben – mal mit 2,7 Mio. EUR mal mit weit über 5 Mio. EUR beziffert, deutlich längere Schulwege als von der Behörde angegeben sowie um ein Drittel zu gering angenommene Vorschulklassenstärken.

Eine tatsächliche Aufgabe des Schulstandorts wäre für den Stadtteil Berne, aber auch für den ganzen Bezirk Wandsbek ein verheerendes Signal, das nicht nur vielen Kindern täglich längere Schulwege aufbürden, sondern eine über Jahrzehnte gewachsene soziale Infrastruktur sowie Sport und Inklusion vor Ort zerstören würde. Deshalb haben sich alle kommunal- und gesellschaftspolitisch relevanten Gruppen im Stadtteil eindeutig für den Erhalt des Schulstandorts ausgesprochen.

Aus diesem Grunde hat sich auch die Bezirksversammlung Wandsbek interfraktionell, auf Antrag aller in der Bezirksversammlung vertretenen Fraktionen, eindeutig für den Erhalt des Schulstandorts ausgesprochen und sich dem Bürgerbegehren zum Erhalt der Schule Berne unmittelbar und vollständig angeschlossen.

Die Schließung für eine Unterbringung von Flüchtlingen im Schulstandort, die u.a. mit der Finanzierung der baulichen Sanierung aus anderen behördlichen Finanzetats gerechtfertigt wurde, ist so unverständlich wie sie zynisch ist. Die Elterninitiative „Schule Berne muss bleiben“, der Bürgerverein Farmsen-Berne e.V. und „die Waldameisen e.V.“ haben deshalb einen Kompromissvorschlag ausgearbeitet, der von vielen Bürgerinnen und Bürgern im Stadtteil unterstützt wird. Er sieht für die Schule eine zweizügige Fortsetzung des Schulbetriebs sowie die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen vor. Ziel ist dabei die perspektivische Entwicklung der Grundschule zu einem Bildungszentrum für Kinder

und Erwachsene, das den modernen Anforderungen hinsichtlich einer inklusiven Bildung entspricht (das betreffende Konzept ist dem Antrag beigefügt, siehe unten). Trotz Einreichung des Konzeptvorschlags erfolgte bisher keinerlei Reaktion von Senat oder BSB darauf.

Im Gegenteil: Ein Gespräch zwischen der Elterninitiative, dem Bürgerverein Farmsen-Berne e.V. und dem Präses der Behörde für Schule und Berufsbildung ist von Seiten des Senators Rabe sogar abgesagt worden.

Dieses uneinsichtige Festhalten an der Aufgabe des Standorts schädigt die Schullandschaft im Stadtteil nachhaltig und ist angesichts des ausdrücklichen Willens zur Integration von Flüchtlingen in die städtische Gemeinschaft seitens seiner Bürger\_innenein fatales Zeichen.

Der Senat muss darum endlich von der Schließung abrücken und die weitere Zukunft des Schulstandorts Berne öffentlich mit allen Fraktionen des Hamburgischen Parlaments befassen. Seine Verantwortung für die schulische Versorgung, den Willen der betroffenen Bürger\_innen im Stadtteil und das Gelingen der Inklusion Geflüchteter vor Ort gebietet diesen Weg.

### **Die Bürgerschaft möge vor diesem Hintergrund beschließen:**

#### **Der Senat wird aufgefordert,**

1. sich für die Weiterführung des Schulbetriebs an der Lienastraße auszusprechen und dies der Bürgerschaft als Beschluss vorzuschlagen.
2. das vom Verein „Waldameisen e.V.“ vorgelegte Konzept zur weiteren Nutzung des Schulstandorts Lienastraße unter Einbeziehung der Unterbringung von Flüchtlingsfamilien und dem Aufbau eines an die Schule angekoppelten Integrationszentrums auf seine Realisierbarkeit zu prüfen.
3. ein eigenes alternatives Konzept mit der Zielsetzung der Weiterführung des Schulbetriebs an der Lienastraße zu erarbeiten, insofern das Konzept der „Waldameisen e.V.“ vom Senat nicht weiter verfolgt werden sollte.
4. dafür Sorge zu tragen, dass die notwendige Finanzierung – der in 1.-3. angeführten Maßnahmen – in hinreichender Weise gewährleistet ist.
5. der Bürgerschaft bis zum 31. März 2016 über bisherige Schritte und den Fortgang des Verfahrens zu berichten.